

05.05.2026

AHK World Business Outlook Frühjahr 2026

Schockwellen aus dem Nahen Osten treffen die Weltwirtschaft – Geschäfte deutscher Unternehmen im Ausland zeigen sich unter Druck weiterhin robust

Der Konflikt im Nahen Osten hat die fragile Erholung der Weltwirtschaft abrupt ausgebremst. Nach einem kurzen Hoffnungsschimmer im Herbst 2025 rutschen die globalen Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen im Ausland wieder deutlich ab. Das zeigt der aktuelle AHK World Business Outlook Frühjahr 2026 der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), basierend auf Rückmeldungen von mehr als 4.500 deutschen Unternehmen, die in den Netzwerken der deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) weltweit befragt wurden.

Steigende Energiepreise, gestörte Lieferketten und eine schwankende Nachfrage setzen die internationalen Geschäfte zunehmend unter Druck. „Die Hoffnung auf eine konjunkturelle Erholung hat sich zerschlagen. Die Weltwirtschaft steckt im Krisenmodus, das bekommen die Unternehmen unmittelbar zu spüren“, sagt DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. „Der Krieg im Nahen Osten führt uns einmal mehr vor Augen, wie anfällig global verflochtene Wertschöpfungsketten sind, insbesondere dann, wenn zentrale Handelsrouten unter geopolitischen Druck geraten. Die Straße von Hormus ist dabei mehr als nur ein Nadelöhr: Sie steht exemplarisch für die Verwundbarkeit der Weltmärkte – damit auch für die aktuellen Probleme des deutschen Wirtschaftsmodells.“

Der Ausblick für die kommenden Monate trübt sich ein: Nur noch 21 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer besseren konjunkturellen Entwicklung an ihren internationalen Standorten, während 32 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen. „Das ist mehr als ein konjunktureller Dämpfer. Unsicherheit wird zum bestimmenden Faktor“, so Treier.

Die aktuellen Zahlen zeigen aber auch: Die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs im Nahen Osten sind noch nicht überall angekommen. Im Augenblick bewerten 39 Prozent ihre Lage als gut, 48 Prozent als befriedigend, 13 Prozent als schlecht. Damit hat sich die Lagebewertung gegenüber der Vorumfrage im Herbst im Durchschnitt nicht verschlechtert, sie fällt sogar leicht besser aus.

Regional gehen die Erwartungen deutlich auseinander: Während Unternehmen in China, den USA und den Mercosur-Staaten aktuell vergleichsweise optimistisch auf die kommenden Monate blicken, überwiegt in Asien und dem Nahen Osten die Skepsis. Dort belasten steigende Energiepreise, zunehmende Störungen in den Lieferketten und anhaltende Versorgungsrisiken die Aussichten. Auch in der EU und den USA trüben sich die Erwartungen ein, wenn auch von einem insgesamt stabileren Niveau aus.

Süd- und Mittelamerika setzt sich dagegen vom globalen Trend ab: Knapp jedes dritte Unternehmen erwartet dort bessere Geschäfte (33 Prozent), während nur 23 Prozent von einer Verschlechterung ausgehen. Geografische Distanz zum Konflikt, eigene Energiequellen und Impulse durch das Mercosur-Abkommen sorgen für vergleichsweise stabile Perspektiven.

Die Folgen des Nahostkonflikts schlagen sich auch deutlich in den Geschäftsrisiken nieder: 46 Prozent sehen hohe Energiepreise als zentrales Geschäftsrisiko – mehr als doppelt so viele wie im Herbst 2025. Lieferkettenstörungen nennen 40 Prozent, steigende Rohstoffpreise 37 Prozent. Gleichzeitig bleibt die Sorge um eine schwache Nachfrage mit 44 Prozent ein zentrales Risiko. Entsprechend zurückhaltend agieren viele Unternehmen derzeit auch bei ihren Investitions- und Beschäftigungsplänen. „Wir erleben ein gefährliches Zusammenspiel aus Energiepreisschock, fragiler Logistik und wachsendem geopolitischem Misstrauen“, sagt Treier. „Das trifft besonders exportorientierte Unternehmen und bremst Investitionen.“

Damit sind die Erwartungen an die Politik klar: Unternehmen brauchen Planbarkeit und Sicherheit, um in einem zunehmend fragmentierten globalen Umfeld bestehen zu können. Energieversorgung, offene Märkte und planbare Außenwirtschaftsbeziehungen sollten aus Sicht der Wirtschaft die politische Agenda bestimmen. „Deutschland und Europa müssen ihre wirtschaftspolitischen Hausaufgaben machen. Nur so entsteht wieder Vertrauen“, so Treier.

Pressekontakt:

Julia Fellingner
Kommunikation
Pressesprecherin

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29 | DE-10178 Berlin | Germany

Tel +49 30 20308-1639
Mobil +49 151 11314638
E-Mail fellinger.julia@dihk.de | www.dihk.de | www.ahk.de